

Bekämpfung feindlicher Zentren und Organisationen

Der HA V waren bei ihrer Bildung Aufgaben der offensiven Abwehr übertragen worden, d. h. der Arbeit im und in das Operationsgebiet, hauptsächlich Westberlin.

Diese offensive Abwehr richtete sich auf die Aufklärung und Bekämpfung der gegen die DDR tätigen feindlichen Organisationen und Einrichtungen, insbesondere solcher Agentenzentralen, wie die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), der Untersuchungsausschuß freier Juristen (UfJ), die Ostbüros der westdeutschen Parteien, unter denen vor allem das Ostbüro der SPD hervortrat, Ostreferate westdeutscher Jugend- und Studentenorganisationen, Revanchistenverbände, die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) und die Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO), das Informationsbüro West (IWE) und die Arbeitsgemeinschaft 13. August. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) ging 1948 aus einem Suchdienst des amerikanischen Agenten Rainer Hildebrandt hervor. Inspirator,

594

Organisator und Finanzier dieser klassischen Terrororganisation, die sich zur skrupellosesten und gefährlichsten Agentenzentrale in Westberlin entwickelte, war der Leiter der Region VIII des amerikanischen militärischen Geheimdienstes *Counter Intelligence Corps* (CIC), Severin F. Wallach, der die Losung ausgegeben hatte: »In der Zone muß es bumsen, bumsen!«¹⁸ Die Entlarvung und Festnahme von Terroristen der KgU, die Sprengstoffanschläge gegen Eisenbahn- und Straßenbrücken sowie Talsperren, Brandanschläge und selbst die Vergiftung von Trinkwasser geplant, vorbereitet und z. T. auch durchgeführt hatten (Burianek, Benkowitz und Kaiser), gehörte bekanntlich zu den ersten großen Erfolgen des MfS. Darüber hinaus wurde die KgU als eines der Hauptprojekte des *Office of Policy Coordination* (OPC), der politischen Koordinierungsabteilung der CIA in Westberlin, von der sie ab 1950 auch finanziert wurde, zu vielfältigen verdeckten Operationen gegen die DDR eingesetzt.¹⁹ Sie betrieb umfangreiche Spionage, vor allem auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet, Wirtschaftssabotage durch Fälschung von Anweisungen der DDR-Außenhandelsorgane, Lebensmittelkarten, Bezugsscheinen etc. sowie in besonders aggressiver Form auch die Herstellung und Verbreitung von Hetzschriften gegen die DDR. Diese wurden auch mittels explosiver Ballons unter Verletzung des Luftraumes der DDR eingeschleust. Durch die KgU wurden Rundfunksendungen im Sinne der psychologischen Kriegsführung gegen die DDR gestaltet und vornehmlich über den Sender RIAS ausgestrahlt. Die KgU mußte 1959 im Ergebnis der konzentrierten Bekämpfung durch das MfS aufgelöst werden. Eine ausführliche Darstellung der subversiven Tätigkeit der KgU enthält der Dokumentarbericht »Unmenschlichkeit als System«, der 1957 im Kongreß-Verlag Berlin erschienen ist. Zwei ehemalige Agenten der KgU erhielten in einer Fernsehsendung des WDR (»Bomben, Gift und Reifentöter – die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit«) am 12. März 1996 Gelegenheit, sich zu erinnern. Joachim Müller (Deckname »Bürger«) bestätigte, im Auftrag der KgU Militärspionage gegen die sowjetischen Streitkräfte betrieben zu haben. Er schilderte detailliert, wie er zweimal die Autobahnbehelfsbrücke bei Finowfurt in Brand setzte, Reifentöter legte und festgenommen wurde, bevor er den Sprengstoff erhielt, mit dem die Paretzer Schleuse zerstört werden sollte.

Walter Schöbe, Veterinärmediziner aus Leipzig, Mitglied der KgU-Agentengruppe »Tagore« erklärte wörtlich: »Wir haben jede Gelegenheit ergriffen, Unruhe und Verwirrung oder Sabotage zu treiben, egal wo. Ob wir falsche Schlachtscheine für Bauern ausstellten ... Wir haben Reifentöter an die Autos der Funktionäre, wo wir wußten, es sind welche, hingelegt ...

595

Malik (*gemeint war der hauptamtliche Mitarbeiter der KgU – d. A.*) sagte zu mir, ihr bekommt Kantharidin für den Notfall, wenn militärische Auseinandersetzungen kommen sollten, daß ihr irgendein Gift in der Hand habt, um den Gegner – also es handelt sich nur um russische Soldaten, russische Offiziere – kampfunfähig zu machen ... Ich muß heute sagen, daß diese Methoden doch harte Methoden waren und ich aber in keiner Weise, auch heute nicht, diese Methoden verurteile.«

Im Schlußkommentar dieser WDR-Sendung hieß es: »Die Akten, erzählt man, hätten sich CIA und BND brüderlich geteilt ... Nach dem Fall der

Mauer wurden Joachim Müller, Walter Schöbe und viele andere durch deutsche Gerichte rehabilitiert.«

Der erste Chef der KgU, Rainer Hildebrandt²⁰, setzte als Leiter der »Arbeitsgemeinschaft 13. August« den Kalten Krieg gegen die DDR fort und war in diesem Sinne als Leiter des »Mauermuseums« am ehemaligen Grenzübergang in der Berliner Friedrichstraße über die Jahrtausendwende aktiv.

Der Untersuchungsausschuß freier Juristen (UfJ) wurde 1949 gegründet und vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert. Sein Leiter Horst Erdmann war zuvor vom Offizier der Berliner Operationsbasis der CIA, Henry Hecksher, angeworben worden und arbeitete in dessen Auftrag.²¹ Auch an der Spitze des 1952 gegründeten »Freundeskreises des UfJ« stand mit Dr. Günther Birkenfeld vom »Kongreß für kulturelle Freiheit« ein Vertreter einer von der CIA gegründeten und finanzierten Organisation.²²

Der UfJ firmierte offiziell als Rechtsauskunftsstelle. Seine Hauptangriffe richtete er gegen die Justizorgane der DDR. Die Dokumentation angeblichen DDR-Unrechts und die Führung einer sogenannten Belastetenkartei waren Ausgangspunkte fortgesetzter Hetze gegen die DDR, von Drohungen und Erpressungen gegenüber fortschrittlichen DDR-Bürgern bis zu Informationen an den Verfassungsschutz bei Reisen solcher Bürger in die BRD. Bürger der DDR wurden aufgefordert, vor dem UfJ, der sich die Rolle eines Schattenjustizministeriums der DDR annahm, zu erscheinen und sich zu bestimmten Anschuldigungen zu äußern.

Mit welcher erpresserischen Mitteln und Methoden der UfJ gegenüber DDR-Bürgern operierte, verrät eine Tagebuchnotiz Victor Klemperers vom 29.

November 1952 über einen »erschütternden Gangsterbrief«, den ihm der UfJ anlässlich der Verleihung des Nationalpreises zuschickte. »Es wird Ihnen bekannt sein, daß wir derartige »Ehrungen« als Bestechungsaktion auf Kosten der ausgebeuteten Bevölkerung der Sowjetzone ansehen. Dementsprechend sind Sie in unseren Karteien registriert worden. Wir nehmen jedoch zu

596

Ihren Gunsten an, daß Sie lediglich keine Möglichkeit sahen, die Ihnen zuteil gewordene »Ehrung« auszuschlagen. Indessen sind wir der Meinung, daß Sie Gelegenheit haben, Ihrer tatsächlichen Einstellung zu dem Terrorregime der SED Ausdruck zu geben. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß es in der Sowjetzone unzählige Menschen gibt, die als Angehörige von Kriegsgefangenen und politischen Häftlingen oder als Hinterbliebene zu Tode gequält, aufrechter Widerstandskämpfer von der Pankower Regierung dem Elend überlassen werden. Hier bietet sich die beste Gelegenheit, mit den Ihnen zugeflossenen Mitteln zu helfen ... Wir empfehlen Ihnen, die Postquittungen für derartige Sendungen gut aufzubewahren, damit Sie am Tag der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit beweisen können, daß Sie ... den Versuch unternommen haben, die Auswirkungen des sowjetzonalen Unrechtsregimes zu lindern.«²³

Vornehmlich unter den beim UfJ in Westberlin Rechtsberatung suchenden DDR-Bürgern wurden Agenten angeworben, die für politische, Militär- und Wirtschaftsspionage eingesetzt wurden. Die Spionageinformationen wurden für den amerikanischen Geheimdienst ausgewertet. Darüber hinaus wurde der UfJ vom amerikanischen Geheimdienst auch beauftragt, paramilitärische Gruppen in der DDR zu bilden, die im Kriegsfall aktiv werden sollten.²⁴ Zahlreiche dieser und anderer Agenten des UfJ konnten vom MfS – auch in Zusammenarbeit mit den sowjetischen Sicherheitsorganen in der DDR – dingfest gemacht werden.

Der UfJ und der ihm angeschlossene »Verlag für internationalen Kulturaustausch« (IKULTA) stellten massenhaft als Rechtszeitschriften oder als Bezirkszeitungen aufgemachte Hetzschriften her, die durch Postversand, später auch mittels Ballons, in die DDR eingeschleust wurden. Nach einer UfJ-internen Aufstellung stieg der Versand von Hetzschriften von 580.000 im Jahre 1950 auf 2.410.000 im Jahre 1954. Dem UfJ standen für Hetzsendungen gegen die DDR wöchentlich Sendezeiten des RIAS und des SFB zur Verfügung.

Über die Tätigkeit des UfJ liegt eine ausführliche Dokumentation mit dem Titel »Im Dienste der Unterwelt«, herausgegeben vom Kongreß-Verlag Berlin im Jahre 1959, vor.

Zu den bedeutendsten Erfolgen der damaligen HA V im Kampf gegen den UfJ gehört die Entlarvung ihres Leiters Horst Erdmann als kriminellen

Hochstapler. Durch Ermittlungen in der VR Polen an der Universität Wroclaw (Breslau) konnte nachgewiesen werden, daß Erdmann, der sich als Chef des UfJ angemaßt hatte, faktisch als oberster Rechtsberater für DDR-Bürger zu gelten, weder ein juristisches Staatsexamen abgelegt noch jemals promoviert hatte. Er war entgegen eigenen Aussagen auch kein Verfolgter

597

des Nazi-Regimes gewesen, sondern NSDAP-Mitglied und HJ-Führer. Auf einer Pressekonferenz der »Vereinigung demokratischer Juristen« am 25. Juni 1958 wurden diese Tatsachen mit weiteren Informationen über die wahre Rolle des UfJ und die faschistische und kriminelle Vergangenheit einiger seiner Hauptagenten der Weltöffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Damit wurde die seriöse Fassade des UfJ nachhaltig zerstört. Erdmann mußte zurücktreten, und der UfJ wurde in seiner subversiven Tätigkeit erheblich eingeschränkt, bis er schließlich gänzlich aufgelöst werden mußte. Das Ostbüro der SPD wurde am 10. April 1946 beim Landesvorstand in Westberlin und danach auch beim Parteivorstand der SPD in Hannover gebildet. Beide Einrichtungen tarnten sich zunächst als »Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost«. Das Berliner Ostbüro wurde dem Ostbüro beim Parteivorstand unterstellt. Beim Ostbüro der SPD handelte es sich um eine Gründung des englischen Geheimdienstes in Kooperation mit dem amerikanischen Geheimdienst. Die Leiter des Ostbüros Siegmund Neumann (bis 1948) und Stephan Grzeskowiak alias Stephan Thomas waren englische Agenten. Die Finanzierung des Ostbüros erfolgte zunächst aus geheimdienstlichen Quellen, später zunehmend auch durch staatliche Förderung. Kurt Schumacher führte am 10. April 1946, wenige Tage vor der Bildung der SED, auf einer Beratung der leitenden Funktionäre der Berliner SPD-Organisation zu den Aufgaben des zu gründenden Ostbüros der SPD aus: »Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, daß wir in der SBZ eine weitverzweigte illegale Organisation schaffen müssen, die streng zentralisiert sein muß. Diese Organisation muß ihre Vertreter in allen Ortsgruppen von unten bis zu den Landesvorständen der SED haben. In allen Verwaltungen, Betrieben, Gewerkschaften und anderen Organisationen müssen von uns Leute vertreten sein. Wir müssen über alle politischen, ökonomischen und kulturellen Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone Nachrichten haben. Dieses Material wird den westlichen Besatzungsmächten übergeben.«²⁵

Der amerikanische Geheimdienstoffizier Oberstleutnant Sylver hatte bei einem Bankett aus Anlaß dieser Beratung im April 1946, also noch nicht einmal ein Jahr nach Kriegsende, ausgeführt: »Die SPD-Funktionäre müssen die Ereignisse und Begebenheiten mit offenen Augen betrachten ... Sehr wichtig ist es für uns, die Standorte der sowjetischen Militäreinheiten und Behörden der SMA, Truppengattungen und Stärke der Truppenteile zu erfahren sowie Feldpostnummern u. a. Dieses ganze Material muß von sehr zuverlässigen Funktionären gesammelt werden. Wir müssen über die Tätigkeit der Werke Nachrichten haben und wissen, was her-

598

gestellt und wohin die Produktion geliefert wird ... Die finanzielle Frage dieser Organisation wird von uns geregelt werden.«²⁶

Neben subversiven Aufgabenstellungen zur Zersetzung der SED und der sich in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR herausbildenden staatlichen Ordnung durch Rundfunkpropaganda, Hetzschriften, Gerüchteverbreitung und Falschmeldungen gehörte Spionage auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet von Beginn an zu den Tätigkeitsfeldern des Ostbüros der SPD.

Auch der letzte Leiter des Ostbüros der SPD, Helmut Bärwald, der sich in einer 1991 veröffentlichten Schrift darum bemühte, das Ostbüro der SPD – Herbert Wehner hatte es einst als »Agentenschuppen« bezeichnet – vom Makel einer Agenten- und Spionagezentrale zu befreien, kam nicht umhin zu erklären: »Das Ostbüro der SPD hat wie mit anderen staatlichen Stellen, mit Forschungsinstituten und dergleichen auch mit Geheimdiensten des eigenen Landes, vor allem im Bereich der Informationsbeschaffung und Informationsaustausch sowie Auswertung zusammengearbeitet und auch an der Anfertigung von Analysen mitgewirkt ... Auch Geheimdienste aus anderen NATO-Staaten unterhielten gute Beziehungen zum Ostbüro, dessen Archiv und dessen sachkundige und informative Expertisen über die SBZ/DDR, über die Entwicklung des internationalen Kommunismus und über kommunistische

›Westarbeit‹ seit 1946 auch im Ausland sehr geschätzt waren.«²⁷
Agenten des Ostbüros der SPD berichteten über Flugplätze, Kasernen und Militärtransporte, speziell der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, und registrierten Kennzeichen von Militärfahrzeugen. Sie lieferten Charakteristiken von Staats- und SED-Funktionären und sabotierten die Wirtschaft der DDR. Wie der »Spiegel« 1966 bestätigte, hatte das Ostbüro der SPD mittels gefälschter Begleitpapiere 1950 für die Leipziger Bevölkerung bestimmte Lieferungen von Butter aus der VR Polen nach Rostock umgeleitet, wo diese infolge zu langer Lagerung verdarb. Im Winter des gleichen Jahres erfroren Kartoffeln auf Abstellgleisen der Reichsbahn, die vom Ostbüro der SPD in die Irre dirigiert worden waren.²⁸

Prozesse, die 1951/52 gegen Agenten des SPD-Ostbüros geführt wurden, bestätigten, daß das Ostbüro zunehmend unter Handwerkern und Gewerbetreibenden der DDR aktiv wurde. Diese sollten durch Verbreitung der Lüge von einer angeblich bevorstehenden Enteignung des Handwerks gegen die DDR aufgewiegelt werden. Einen wesentlichen Bestandteil der ideologischen Zersetzungstätigkeit des Ostbüros der SPD stellte auch die Verbreitung von Auffassungen über einen sogenannten dritten Weg zum Sozialismus dar. Allein in der Zeit vom 8. März bis 6. Mai 1957 ver-

599

teilte das Ostbüro der SPD über fünfeinhalb Millionen Flugblätter mittels Ballons und über seine Agentennetze in der DDR.²⁹

Im Zuge einer Amnestie wurden im Mai/Juni 1956, wie bereits erwähnt, zahlreiche vor allem von sowjetischen Militärtribunalen, aber auch bereits von DDR-Gerichten verurteilte Personen, darunter 691, die der westdeutschen Sozialdemokratie angehört haben oder angaben, ihr anzugehören, aus der Haft entlassen. Nach einer Mitteilung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR vom 21. Juni 1956 waren die genannten 691 Personen »wegen krimineller Vergehen, die sie im Auftrag des mit den imperialistischen Spionagezentralen verbundenen Ostbüros ... begangen haben«, verurteilt worden.³⁰

Durch die Aufklärung, Entlarvung und Inhaftierung seiner Agenten in der DDR wurde die Basis der subversiven Tätigkeit des Ostbüros der SPD seitens der HA V systematisch dezimiert. So war es der HA V zeitweilig gelungen, die Telefongespräche des Ostbüros der SPD in Westberlin abzuhören.

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurden in einer Aktion etwa 30 Spione des Ostbüros der SPD ermittelt und festgenommen. Diese Festnahmen beruhten maßgeblich auf Informationen eines Kundschafters der sowjetischen Sicherheitsorgane im englischen Geheimdienst, der bei Bedarf über das Agentennetz des Ostbüros der SPD verfügte. Zur subversiven Tätigkeit des SPD-Ostbüros gegen die DDR sind in den überlieferten Unterlagen des MfS eine Fülle weiterer aufschlußreicher Informationen enthalten. Es ist allerdings zu befürchten, daß hierüber für immer der Mantel des Schweigens gebreitet wird.

Selbst westliche Publikationen kamen nicht umhin, den dubiosen Charakter des Ostbüros der SPD zu bestätigen und einiges aus seiner Tätigkeit zu offenbaren. So betrieb es nach eigenem Zeugnis »die Beschaffung von Informationen aus dem osteuropäischen und mitteleuropäischen Raum«.³¹ Das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« definierte es etwas präziser als »eine Nachrichtenbeschaffungsstelle, die vor allem im Westberliner Agentenschwermilieu

des Kalten Krieges eine dominierende Rolle spielte«.³² Es buchte dies unter »SPD-Spionageaktivitäten im Kalten Krieg« ab und berichtete über »Tausende von Agenten eines ›Ostbüros‹ der westdeutschen SPD, finanziert mit Steuergeldern und ausgerüstet mit Geheimschrift und Minikameras«.³³ Ostbüroagenten beschafften Sitzungsberichte des Zentralkomitees der SED, Details über den Aufbau der Polizei, Baupläne von Gefängnissen oder Angaben zu Standorten der Roten Armee und erhielten von den britischen Streitkräften Ausforschungsaufträge zu Wirtschafts- und Militärfragen.

³⁴

600

Das SPD-Ostbüro sammelte durch seine Agenten Informationen über drei Millionen DDR-Bürger (*kein Schreibfehler – d. Verf.*), um nach einer Wiedervereinigung ein »besseres Nürnberg« zu ermöglichen, infiltrierte, von staatlichen Stellen geduldet oder gefördert, im Rahmen seiner Inlandsaufklärung »politische Extremistengruppen« (*gemeint war damit u. a. die KPD*), schickte

Kuriere und V-Leute in den illegalen Propagandakampf gegen das Ulbricht-Regime etc. Es arbeitete »im konspirativen Bereich stark mit den deutschen und westlichen Geheimdiensten zusammen«. Das Ostbüro fälschte Dokumente, darunter Ausweise des Schweizer Roten Kreuzes. Seine hauptamtlichen Mitarbeiter waren bewaffnet. »Der frühere V-Mann Heinz Richter schätzt, daß insgesamt 800 Menschen aufgrund der vom Westen organisierten Nachrichtenbeschaffung wegen Spionage verurteilt worden sind«.³⁵

Die Ostbüros der CDU und FDP erreichten mit ihren subversiven Aktivitäten bei weitem nicht Umfang und Intensität des Ostbüros der SPD und waren zudem stärker auf die CDU bzw. LDPD in der DDR fixiert, mit dem Ziel der Untergrabung ihrer Rolle als Blockparteien und Verbündete der SED.

Sie waren jedoch auch als Spionageorganisationen aktiv. Ende 1952 wurden 40 Bürgermeister, Stadträte, Behördenangestellte und Lehrer in Thüringen verhaftet, die eine gegen die Berliner Parteizentrale gerichtete illegale CDU-Führung gebildet und CDU-Mitglieder zur Sammlung politischer und wirtschaftlicher Informationen aufgefordert hatten.

1952/53 haben die Mitarbeiter des Ostbüros der CDU und des amerikanischen Geheimdienstes CIC Gerulf R. und Johanna H. mehrere Mitarbeiter aus zentralen Regierungsorganen der DDR dem amerikanischen Geheimdienst zur Anwerbung zugeführt.

Über die subversive Tätigkeit des Ostbüros der FDP berichtete ein in die DDR übergetretener FDP-Funktionär 1955 in einem Rundfunk-Interview:

»Ich erwähnte die FDP-Agenten in Meißen: sie trieben vorzüglich Militärspionage. Ich war dabei, als ihnen Porzig, der Spionagechef des Berliner Ostbüros, Aufträge zur Feststellung von Unterkünften der sowjetischen Besatzungstruppen erteilte, weiter zur Ermittlung von Kraftfahrzeugnummern und -typen, Bewaffnung und dergleichen mehr. Darüber hinaus treibt das Ostbüro der FDP eine rege politische Spionage gegen die LDPD und die SED, und weiter organisiert es auch Sabotageaktionen.«

Die Ostsekreterate westdeutscher Jugend- und Studentenorganisationen versuchten vor allem in den frühen 50er Jahren an den Hochschulen und Universitäten der DDR Stützpunkte zu schaffen; organisierten auch politische Provokationen in der Hauptstadt der DDR. Die Vereinigung der Opfer des

601

Stalinismus (VOS) und die Vereinigung politischer Ostflüchtlinge (VPO) wurden seinerzeit vor allem in den Aufnahmelagern für republikflüchtige DDR-Bürger aktiv. Revanchistenverbände versuchten immer wieder DDR-Bürger in ihre Aktivitäten einzubeziehen. Bedeutsam wurde das besonders im Zusammenhang mit der Teilnahme von DDR-Bürgern an revanchistischen Veranstaltungen in Westberlin und der BRD.

Beim Informationsbüro West (IWE) handelte es sich um eine auf den Nachrichtenhandel spezialisierte und mit geheimdienstlichen Methoden agierende Einrichtung, die Agenten unter DDR-Bürgern anwarb. Es wurde 1950 mit Unterstützung des »Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen«, der KgU und des UfJ gegründet. Seine Spezialität waren Nachrichtenfälschung und Zweckpropaganda gegen die DDR. Die vom IWE fabrizierten Nachrichten wurden von allen Rundfunkanstalten der BRD und Westberlins sowie durch das Bundespresseamt im In- und Ausland verbreitet. Besonders eng war die Kooperation mit dem Pressekonzern von Axel Springer. Daneben sammelte das IWE Spionageinformationen, die an die westlichen Geheimdienste und die Bundesregierung, aber auch an das Ostbüro der SPD und andere Stellen übermittelt wurden.

Allen diesen feindlichen Zentren und Organisationen wurde mit den Maßnahmen des 13. August 1961 der Boden ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der DDR entzogen. Sie stellten deshalb früher oder später ihre Aktivitäten gegen die DDR ein, nachdem sie bereits vor 1961 durch die Maßnahmen des MfS spürbar zurückgedrängt oder zur Einstellung ihrer subversiven Aktivitäten gezwungen worden waren.

Die Arbeitsgemeinschaft 13. August etablierte sich nach 1961 als ein Zentrum für die Inszenierung von Provokationen gegen die Staatsgrenze der DDR und als eine militante Propagandaeinrichtung des Kalten Krieges. Sie ist in diesem Sinne bis heute engagiert.

Nach 1961 übernahm die HA XX die Aufgabe, die organisierte Ausschleusung von DDR-Bürgern durch Menschenhändlerbanden zu bekämpfen.

Rekrutierten sich diese Banden zunächst aus fanatischen Antikommunisten,

vornehmlich aus studentischen Kreisen in Westberlin, so wurden sie später zunehmend eine Domäne von Kriminellen. Sie wurden zu einem profitablen Geschäft, bei dem selbst der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen wurde. Solche Gruppen konnten meist auf die Unterstützung westdeutscher und Westberliner Staatsorgane zählen, oft waren auch Geheimdienste involviert.

602

In den ersten Jahren erfolgten Ausschleusungen über Tunnel, mittels gefälschter Paßdokumente und in Pkw-Verstecken. Später erweiterte sich der Radius der Menschenhändlerbanden auf andere sozialistische Länder, was für die HA XX Mitte der 60er Jahre bedeutete, Operativgruppen in der CSSR, Ungarn und Bulgarien aufzubauen, die mit den befreundeten Sicherheitsorganen in diesen Ländern eng kooperierten.

Durch die HA V bzw. XX wurde eine Vielzahl sogenannter Fluchthilfe-Unternehmen aufgedeckt und mit der Festnahme der Schleuser und ihrer Klienten beendet. Die immer raffinierter werdenden Mittel und Methoden der Schleusungen wurden erfolgreich aufgeklärt. Damit wurde gleichzeitig dazu beigetragen, das Grenzregime der DDR zu qualifizieren. Eine Reihe von Menschenhändlerbanden war gezwungen, im Ergebnis der Maßnahmen der HA V bzw. XX ihre subversiven Aktivitäten gegen die DDR einzustellen und sich aufzulösen.

Mit der Bildung der ZKG im Jahre 1975, deren Tätigkeit in einem gesonderten Beitrag behandelt wird, wurden die Aufgaben zur Bekämpfung des Menschenhandels schrittweise von dieser Dienst Einheit übernommen.

Die Aufgaben der HA XX auf dem Gebiet der Arbeit in das Operationsgebiet beschränkten sich von diesem Zeitpunkt an auf die Mitwirkung bei der Aufklärung ausgewählter Einrichtungen der sogenannten DDR-Forschung in Westberlin (»Gesamtdeutsches Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen«) sowie auf einzelne Personen und Gruppierungen, die als Inspiratoren und Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit in der DDR in Erscheinung traten. Einrichtungen der DDR-Forschung in der BRD waren ansonsten Zielobjekte der HVA. Hierbei spielte vor allem ihre Bedeutung bei der Erarbeitung von Grundlagen für politische Strategien gegenüber der DDR eine Rolle. Selbstverständlich war auch von Interesse, ob diesen Einrichtungen geheime Quellen aus der DDR zur Verfügung standen.